

Auf einen Blick

Konferenz „Deutschlands Rolle in der Globalisierung“



Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, vertritt das BMWi auf der abschließenden Podiumsdiskussion.

Am 9. Januar 2018 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Konferenz „Deutschlands Rolle in der Globalisierung“ statt, die gemeinsam vom Wirtschaftsministerium und dem Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) organisiert wurde. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung für die deutsche Wirtschaftspolitik ergeben.

Staatssekretär Matthias Machnig eröffnete die Konferenz. Er betonte die hohe Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Wirtschaft. Deutsche Produkte erfreuten sich weltweit einer großen Nachfrage, gleichzeitig investierten ausländische Unternehmen umfangreich in Deutschland. Beides schaffe und sichere Arbeitsplätze im Inland. Deutsche Konsumenten profitierten von der Globalisierung durch eine größere und auch günstigere Produktauswahl. Die Globalisierung der Wirtschaftswelt sei somit ein Garant für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Machnig stellte jedoch zugleich fest, dass die Vorteile des internationalen Handels ungleich verteilt seien. Nicht jeder Einzelne werde durch die Globalisierung besser gestellt. Der damit verbundene beschleunigte technologische Wandel, die Konkurrenz durch importierte Produkte, mögliche Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste könnten ganze

Berufsgruppen, Branchen und Regionen verunsichern. Die Bundesregierung habe den Anspruch, die Globalisierung proaktiv zu gestalten. Protektionistische Tendenzen lehnte Machnig ab. Stattdessen plädierte er für eine „soziale Globalisierung“: Wirkungsvolle Politiken für ein inklusives Wachstum könnten dafür sorgen, alle Menschen in einem sich wandelnden Umfeld mitzunehmen und ihnen neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Die Handels- und Investitionspolitik allein könne allerdings die Herausforderungen im In- und Ausland nicht bewältigen, vielmehr seien auch andere nationale Politikfelder mitzubedenken. Auch in der Entwicklungs-, Klima- und Umweltpolitik bedürfe es eines hohen Engagements der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft.

Deutschland als Globalisierungsgewinner

Als erster Referent zeigte Gabriel Felbermayr (ifo Institut München) anhand eigener Studien die Vorteile der Globalisierung für Deutschland auf. Er machte diese an konkreten Beispielen fest: Rund 12 Millionen Arbeitsplätze seien direkt oder indirekt auf die deutsche Exporttätigkeit zurückzuführen. Verschiedene „Globalisierungsprämien“ ließen sich



nachweisen: Unternehmen, die im Außenhandel aktiv seien, zahlten beispielsweise höhere Löhne, böten sicherere Jobs und seien darüber hinaus innovativer als rein nationale Firmen. Die von Felbermayr konstatierte kontinuierliche Ausweitung von internationalen Handelsbarrieren (v.a. Anti-Dumping-Zölle) belastete daher den Wachstumsausblick für die deutsche Wirtschaft.

Lohnentwicklung als Ursache für Leistungsbilanzüberschuss?

Im zweiten Themenblock der Veranstaltung diskutierten Holger Schmieding (Berenberg Bank) und Gustav Horn (IMK Düsseldorf) über den deutschen Leistungsbilanzsaldo. Während Schmieding vor allem strukturelle Faktoren wie Demografie, Euro-Wechselkurs und Ölpreis als Ursachen des deutschen Überschusses anführte, verwies Horn auf die deutsche „Lohnzurückhaltung“ nach der Jahrtausendwende. Diese habe die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone verstärkt. Horn stimmte jedoch zu, dass dieser Effekt nicht allein durch eine Gegenbewegung, d.h. durch zukünftige Lohnzuwächse, ausgeglichen werden könne. Schmieding und Horn zeigten sich einig, dass für eine Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses auch fiskalpolitische Ausgaben, z.B. für die frühkindliche Bildung, die digitale Infrastruktur und die Integration von Geflüchteten, notwendig seien. Außerdem müssten Investitionshemm-

nisse reduziert werden, um die hohen privaten Ersparnisse abzubauen und die Nettoinvestitionstätigkeit in Deutschland zu beleben.

Fördert Globalisierung populistische Tendenzen in Europa?

Im dritten Themenblock hinterfragten Stefanie Walter (Universität Zürich), Dennis Novy (Universität Warwick) und Guntram Wolff (Bruegel, Brüssel), ob die Auswirkungen der Globalisierung auf Strukturwandel, Migration oder Ungleichheit zur Verbreitung populistischer Ansichten in Europa beigetragen hätten, und wie darauf politisch reagiert werden könnte. Walter stellte dar, dass Wähler populistischer Parteien meist eine überdurchschnittlich große Besorgnis vor Immigrationsbewegungen, der Automatisierung von Produktionsprozessen und dem gesellschaftlichen Wandel zeigten. Populistische Parteien würden typischerweise nicht nur von Personen gewählt, die einen gesellschaftlichen Abstieg konkret erlebten, sondern vielmehr von denen, die einen solchen fürchteten. Mit Blick auf das Brexit-Referendum bestätigte Novy diese Beobachtungen. In Großbritannien sei das Thema Immigration das dominierende Thema vor der Abstimmung und die Hauptmotivation für ein Brexit-Votum gewesen. Interessanterweise seien Befürchtungen negativer Auswirkungen von Immigration am höchsten in den Regionen, in denen kaum

Ausländer lebten. Wolff zog Parallelen zur deutschen Bundestagswahl. Auch hier sei das Wahlverhalten von Abstiegsängsten geprägt gewesen. Er zeigte auf, dass unterschiedliche Wahlergebnisse in Ost- und Westdeutschland auch mit unterschiedlichen sozioökonomischen Charakteristika wie Einkommen, Beschäftigungsstatus und Bildung in beiden Regionen einhergingen. In der deutschen Politik müsse dies größere Berücksichtigung finden. Einigkeit zwischen den drei Referenten bestand darin, dass das gesunkene Vertrauen in die EU gegenwärtig nicht durch eine bloße Ausweitung der EU-Kompetenzen geheilt werden könne. Stattdessen müssten die bisherigen Errungenschaften besser kommuniziert werden. Dazu zählten beispielsweise die Personenfreizügigkeit, eine günstigere und größere Produktvielfalt sowie Produktsicherheit durch Handelsabkommen und europäische Initiativen wie der Aktionsplan zur Besteuerung multinationaler Konzerne.

Podiumsdiskussion: Inklusives Wachstum essenziell

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die politischen Handlungsimplicationen vertieft. Dazu begrüßte Moderator Jens Südekum (DICE) Peter Bofinger (Sachverständigenrat), Michael Hüther (IW Köln), Marion Jansen (International Trade Center Genf), Andreas Schaal (OECD) sowie Philipp Steinberg, Abteilungsleiter „Wirtschaftspolitik“ im BMWi. Letzterer sah unter anderem in der Regionalpolitik eine Möglichkeit, negative Effekte der Globalisierung abzufedern. Ziel sei es, die Regionen über Innovationsförderungen und Infrastrukturmaßnahmen zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung aus eigener Kraft heraus zu befähigen. Hüther betonte, dass ein Abstieg von Regionen schon früh vorhersehbar sei und eine Gegensteuerung daher ebenso frühzeitig ansetzen müsse. Zwischen den Diskutanten bestand Konsens, dass auch der Investitionspolitik der Bundesregierung eine entscheidende Rolle zukomme, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Dazu gehöre die Entlastung von Ländern und Kommunen bei deren Sozialausgaben. Einig waren die Panelteilnehmer auch, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, Migranten und Älteren entscheidend seien, um der Einkommensungleichheit zu begegnen und eine breite Teilhabe am Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Die Erwerbsintegration trage maßgeblich dazu bei, Abstiegsängste zu lindern, so Hüther. Bofinger ergänzte, dass auch die Steuerpolitik auf die Einkommensungleichheit einwirken könne. Eine zentrale Herausforderung bestehe darin, die Gewinne der Globalisierung gerechter zu verteilen.

Jansen und Schaal machten deutlich, dass Deutschland – trotz aller genannten Sorgen im Inland – im Ausland beinahe ausnahmslos als Globalisierungsgewinner angesehen werde. Es sei interessant, dass typisch „globale Produkte“ wie Smartphones von deutschen Konsumenten sehr geschätzt würden, der dahinter stehende Prozess der Globalisierung jedoch so viel Besorgnis hervorrufe. Die Politik sei gefordert, Befürchtungen aufzugreifen und Globalisierungsverlierer besser mitzunehmen. Dazu bedürfe es auch einer besseren Kommunikation der positiven Effekte der Globalisierung. Die EU und auch konkret Deutschland sollten ihr wirtschaftliches Gewicht besser nutzen, um weltweit ein inklusives Wachstum voranzubringen und protektionistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Dabei gehe es auch um industrie- und sozialpolitische Standards. Bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende digitale Geschäftsmodelle sollte die EU ebenfalls eine aktive Rolle einnehmen. Das erste Digitalminister-Treffen der G20 unter deutscher Präsidentschaft im letzten Jahr wurde in diesem Zusammenhang als positives Beispiel hervorgehoben.

In seinem Schlusswort bekräftigte Philipp Steinberg die hohe Bedeutung der zuvor diskutierten Themenfelder in der täglichen Arbeit des Ministeriums. Die Diskussion bestätige die Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik auf offene Märkte und ein inklusiveres Wachstum.

Kontakt: Dr. Patrick Brämer
Referat: Internationale Wirtschafts- und
Währungsfragen

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Februar 2018	
01.02.	Informeller WBF-Rat (Sofia, BGR)
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
14.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19./20.02.	Eurogruppe/ECOFIN
26./27.02.	Informeller Rat für Auswärtige Beziehungen/Handel
Ende Februar 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
März 2018	
08.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
09.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
12./13.03.	WBF-Rat
12./13.03.	Eurogruppe/ECOFIN
14.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22./23.03.	Europäischer Rat
Ende März 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
April 2018	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
12.04.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
12.04.	Kohäsionsrat
19./20.04.	Informeller Energierat (Sofia, BGR)
27./28.04.	Informeller ECOFIN (Sofia, BGR)
Ende April 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Der Bitcoin ...

... ist die bekannteste und, gemessen an der Marktkapitalisierung, größte unter den inzwischen rund 1.400 virtuellen Währungen. Im Verlauf des Jahres 2017 erlebte der Bitcoin einen rasanten Höhenflug, so stieg sein Kurs seit Januar von etwa 1.000 auf nahezu 20.000 US-Dollar Mitte Dezember. Zu Jahresende folgte dann ein massiver Kurseinbruch: Innerhalb weniger Wochen verlor der Bitcoin an verschiedenen Handelsplätzen über die Hälfte seines Wertes, aktuell notiert er bei unter 8.000 US-Dollar. Auch viele andere virtuelle Währungen haben stark an Wert verloren. Ein wesentlicher Grund für die aktuelle Kursentwicklung dürfte die Furcht vor einer verschärften Regulierung von Digitalwährungen sein. Zuletzt wurden insbesondere in Südkorea und China Stimmen laut, die Einschränkungen des Bitcoin-Handels forderten.

Entwicklung des Bitcoin-Kurses in Dollar vom 01.01.2017 bis zum 07.02.2018



Quelle: Macrobond Financial AB